Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7660**

16. Wahlperiode 27. 12. 2007

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Patrick Meinhardt, Cornelia Pieper, Uwe Barth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/7561 –

Politisierung der Bildungsforschung

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Vorabveröffentlichung der Ergebnisse der PISA-2006 Studie sowie die daran anknüpfende Kommentierung durch den PISA-Koordinator der OECD, Andreas Schleicher, hat für großen Unmut innerhalb der Deutschen Bildungslandschaft gesorgt. Neben der offenkundigen Indiskretion seitens der spanischen Koordinatorengruppe wurde besonders die daraufhin einsetzende, emotional aufgeschaukelte Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Bildungsforschern Andreas Schleicher und Prof. Dr. Manfred Prenzel durch die Medien aufgegriffen und dargestellt. Letztlich wurde dadurch der Eindruck vermittelt, dass die Ergebnisse der Studie wenig belastbar seien und beliebig interpretiert werden können. Mit der Politisierung der Bildungsforschung droht der Rückhalt in der Bevölkerung für die Teilnahme Deutschlands an internationale Vergleichsstudien zu bröckeln. Dies ist zu vermeiden.

1. Wie geht die Bundesregierung mit den Pannen bei der Veröffentlichung der aktuellen Pisa-Daten um, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

Die Bundesregierung bedauert, dass einzelne Ergebnisse von PISA 2006 vor der Sperrfrist (4. Dezember 2007, 10.00 Uhr, Pariser Zeit) veröffentlicht wurden. Die Konsequenzen werden im Rahmen der OECD-Gremien, in denen auch der Bund und die Länder vertreten sind, beraten.

2. Erwartet die Bundesregierung, dass die OECD Konsequenzen aus der Vorveröffentlichung der PISA-Daten und der sich anschließenden Kommentierung durch den PISA-Koordinator der OECD Andreas Schleicher zieht?

   Wenn ja, welche?

Es gehört zu den Regularien der OECD, sich mit der Vorabveröffentlichung von Daten der internationalen Schulleistungsstudie PISA auseinanderzusetzen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Das Verfahren dazu haben die PISA-Teil-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 20. Dezember 2007 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

nehmerstaaten beschlossen. Es wird mit Bezug auf PISA 2006 Thema der nächsten Sitzung des PISA Governing Boards im April 2008 sein. In diesem Zusammenhang wird auch die Vorgehensweise der OECD dargestellt und es werden erforderliche konkrete Forderungen an die OECD durch die PISA-Teilnehmerstaaten gestellt.

3. Teilt die Bundesregierung die Forderung mehrerer Kultusminister der Bundesländer auf Abberufung des PISA-Koordinators Andreas Schleicher?

Die Bundesregierung hat sich dieser Forderung nicht angeschlossen, geht aber davon aus, dass alle Fragen, die im Zusammenhang mit der Vorgehensweise der OECD bei PISA 2006 stehen, in den entsprechenden Gremien besprochen werden.

4. Haben die Bundesregierung oder die Bundesländer in Bezug auf die Vorveröffentlichung Maßnahmen durch die OECD eingefordert, um eine künftige Wiederholung derartiger Vorfälle zu vermeiden?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

5. Wie haben die anderen teilnehmenden Staaten auf die Vorabveröffentlichung der PISA-Ergebnisse reagiert?

Die Vorabveröffentlichung der Abbildung 2.11c „Spannweite der Rangplätze der Länder/Volkswirtschaften auf der Gesamtskala Naturwissenschaften“ durch eine spanische Zeitung hat die OECD aufgrund der Auswirkungen auf andere Teilnehmerstaaten dazu veranlasst, diese Abbildung vor der Sperrfrist am 4. Dezember 2007 auf ihrer Homepage zu veröffentlichen. Im Nachgang wurden die Ergebnisse der Abbildung 2.11c in vielen PISA-Teilnehmerstaaten vorab veröffentlicht und kommentiert.

6. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der unterschiedlichen Interpretation der deutschen Ergebnisse durch die Bildungsforscher Andreas Schleicher und Prof. Dr. Manfred Prenzel bei?

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die internationale Studie wie auch die ergänzende nationale Studie durch die OECD bzw. das nationale PISA-Konsortium methodisch einwandfrei konzipiert und durchgeführt wurden.

7. Wie interpretiert die Bundesregierung die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie, insbesondere mit Blick auf die Entwicklung seit dem ersten Erhebungszeitraum?

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit der Kultusministerkonferenz am 4. Dezember 2007 unter der Überschrift „PISA 2006: Positiver Trend setzt sich fort“ eine erste Interpretation zu den jüngsten Ergebnissen veröffentlicht. So erreichen deutsche Schülerinnen und Schüler erstmals in einem der drei regelmäßig getesteten Kompetenzbereichen, den Naturwissenschaften, ein Leistungsniveau über dem OECD-Durchschnitt. Das bedeutet Rang acht unter den OECD-Staaten. Darüber hinaus ist in diesem schwerpunktmäßig in PISA 2006 getesteten Bereich seit 2000 ein steigender Trend bei den Leistungen festzustellen.

8. Welche konkreten Forderungen und Empfehlungen lassen sich auf der Grundlage der PISA-Ergebnisse ableiten?

Die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91b Abs. 2 Grundgesetz gebildete Steuerungsgruppe von Bund und Ländern wird mit Unterstützung des wissenschaftlichen Beirates gemeinsame Empfehlungen zu den Ergebnissen der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung 2006 und der internationalen Schulleistungsstudie PISA 2006 erarbeiten. Es ist vorgesehen, diese anschließend in einem für März 2008 geplanten Treffen der Bildungsminister von Bund und Ländern zu beraten und der Öffentlichkeit vorzustellen.

9. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Teilnahme Deutschlands an den internationalen PISA-Studien bei?

Die Bundesregierung misst internationalen Schulleistungsstudien wie PISA große Bedeutung zu. Sie haben die Funktion einer Standortbestimmung, zeigen Stärken und Schwächen in einem Teilbereich von Schule auf und stellen empirisch gesicherte Informationen für politisches Handeln bereit. Internationale Schulleistungsstudien sind damit ein wesentliches Element eines modernen Steuerungsinstrumentariums.

10. Gibt es Überlegungen der Bundesregierung, die Teilnahme an den PISA-Studien zur Disposition zu stellen?

Nein

11. Inwiefern wird sich die Bundesregierung, insbesondere im Dialog mit den Bundesländern, dafür aussprechen, auch künftig an internationalen Vergleichsstudien im Bildungsbereich teilzunehmen?

Der Bundesregierung ist keine Position der Kultusministerkonferenz bekannt, die einen derartigen Dialog erfordern würde.

12. Wie gedenkt die Bundesregierung einer möglichen Politisierung der Bildungsforschung Einhalt zu gebieten?

Es gehört zu den Aufgaben der politisch Verantwortlichen, sich mit den Ergebnissen von Bildungsforschung auseinanderzusetzen und, wie im Bereich der internationalen Schulleistungsstudien, wenn notwendig konkrete Maßnahmen einzuleiten. Die Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern nach Artikel 91b Abs. 2 Grundgesetz bietet dafür einen guten Rahmen.

Grundlagen für eine sachliche Diskussion über Bildungsforschung und ihre Ergebnisse sind exzellente Forschung, umfangreiche Expertise in der Wissenschaft, internationale Einbindung und Kooperation, Transparenz der Ergebnisgewinnung, die Weitergabe und Erklärung von Forschungsergebnissen an Politik und Medien sowie eine umfassende und sachliche Information der Bevölkerung.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333